

JANUAR 2022

Kauroff

Landeszentrale für politische
Bildung feiert Jubiläum

Freier Zugang zu Bildung
schafft Chancengerechtigkeit

Sonderausschuss Corona
stellt Ergebnisse vor





Rüdiger Kauroff

Ich bin seit 2017 der direkt gewählte Landtagsabgeordnete für die Stadt Garbsen und die Gemeinde Wedemark. Damit vertrete ich unmittelbar die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Niedersächsischen Landtag.

Ich bin 2005 der SPD beigetreten. 2008 wurde ich Vorsitzender des Ortsvereins Garbsen und gehöre seit 2006 dem Rat der Stadt Garbsen an. Ferner bin ich seit 2011 stellvertretender Bürgermeister der Kommune.

Im Niedersächsischen Landtag bin ich Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, dem Petitionsausschuss sowie dem Ausschuss für Inneres und Sport.

Ich darf zudem Sprecher für Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz der SPD-Fraktion sein und habe die Funktion des Sprechers für Handwerk und Mittelstand inne.

Zudem bin ich Sprecher meiner Fraktion für die Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ im Niedersächsischen Landtag.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Rüdiger Kauroff'.

Rüdiger Kauroff

Landtagsabgeordneter für
Garbsen und die Wedemark



VORWORT

Allein der derzeitige durchschnittliche Inzidenzwert hätte uns noch vor einem Jahr in den kompletten Lockdown getrieben. Allerdings ist die Lage, gemessen an der hohen Zahl der Neuinfizierten in den Krankenhäusern und auf den Intensivstationen noch relativ ruhig und unser Gesundheitswesen stabil. Omikron ist auch bei uns die beherrschende Variante, sie ist hoch infektiös. Allerdings ist der Krankheitsverlauf oftmals milder als zunächst vermutet. Und genau darin verbirgt sich eine große Gefahr. In der öffentlichen Debatte wird oftmals der Eindruck vermittelt, Omikron sei harmlos und eben nur eine Grippe. Und genau hier müssen wir erneut mit Aufklärung und erneuten Impfkampagnen ansetzen.

Für mich persönlich bleibt die Zahl der bislang Verstorbenen mit bundesweit 117.410 Menschen, allein in unserem Bundesland mit 7.053 Menschen erschütternd, soviel unfassbares Leid und Trauer um jeden Einzelnen Verstorbenen.

Und immer noch sterben täglich Menschen in Zusammenhang mit Corona, dass dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Oder denken wir an die vielen Erkrankten, die immer noch mit den Langzeitfolgen dieser Erkrankung zu kämpfen haben. Allein aufgrund der großen Anzahl der Neuinfektionen wird es sehr wahrscheinlich auch mehr Krankenhaus-Behandlungen geben. Wie stark dann auch die Intensivstationen belastet werden, kann heute keiner wirklich sagen. Das Infektionsgeschehen muss also auch weiterhin sehr aufmerksam beobachtet werden. Hoffen wir alle, dass die Lage in den Krankenhäusern beherrschbar bleibt und es nicht zu einer Überlastung unseres Gesundheitswesens kommt.

Ich finde, in diesem Zusammenhang lohnt auch ein Blick in unsere Schulen und Kindergärten. Es ist absolut richtig, alles dafür zu tun, dass unsere Schulen und Kindertagesstätten geöffnet bleiben.



VORWORT

Und es ist auch richtig, aufgrund der ansteigenden Zahlen, die engmaschige Testungen weiter auszubauen und ab dem 2. Halbjahr auch die doppelt geimpften Schülerinnen und Schüler in die Testungen zu nehmen. So wie bei den Erwachsenen auch, bleiben nur die geboosterten Schülerinnen und Schüler von den Testungen ausgenommen.

Besonders erwähnen und auch durchaus loben möchte ich das Notfallkonzept des Kultusministeriums, wonach Lehrkräfte aus dem Ganztagsangebot genommen werden können, um den Pflichtunterricht sicherzustellen. Oder auch, dass Lehrkräfte in Quarantäne für den digitalen Unterricht zur Verfügung stehen. Das ist ausdrücklich richtig und konsequent, weil wir wenigstens aus der Pandemie nicht nur die Erfahrungen, sondern auch die Konsequenz ziehen sollten, wie wichtig doch Präsenzunterricht für die Schülerinnen und Schüler ist.

Natürlich steigen auch in den Schulen und Kindertagesstätten die Zahlen der Infektionen an, wie könnte es auch anders sein und natürlich müssen wir das weiterhin genau beobachten. Aber ich stelle auch fest, dass das Sicherheitsnetz aus Hygienekonzept, Maskenpflicht, Lüften, anlasslosen täglichen Tests und anlassbezogenen Intensivtestungen funktioniert. Das gibt doch den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und auch den Lehrkräften ein gutes Sicherheitsgefühl. Aber, das will ich ausdrücklich hervorheben, kommt es nicht von ungefähr, sondern das ist ein gutes und professionelles Zusammenspiel zwischen Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern. Dafür danke ich allen sehr herzlich. Aufgrund der dynamischen Infektionsentwicklung ist es daher auch folgerichtig, ab Mitte Februar die verpflichtenden Kita-Tests einzuführen.



VORWORT

In unserer Aktuellen Stunde in der Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages im Januar mit dem Titel „Corona-Proteste auf unseren Straßen: Stresstest für Demokratie und Polizei“ haben wir deutlich gemacht, dass alle das Recht darauf haben, gegen Maßnahmen der Politik zu demonstrieren. Die Freiheit des einen endet aber dort, wo das Risiko des anderen beginnt. Die große Mehrheit dieser Gesellschaft ist sich des Risikos bewusst und ist bereit, die notwendigen Maßnahmen gegen das Corona-Virus mitzugehen. Warum betone ich das? Weil die Gegner der Corona-Maßnahmen und die Impfgegner den Eindruck vermitteln wollen, sie seien die Mehrheit dieser Gesellschaft. Sie sind es nicht! Es ist ihr gutes Recht, ihre Kritik zum Ausdruck zu bringen. Aber in einer Demokratie muss eine Minderheit am Ende auch bereit sein, die Meinung der Mehrheit zu akzeptieren.

Mit unserem Antrag "Mehr Nachhaltigkeit und Flexibilität für Tiny Houses - baurechtliche Anforderungen an bestehende Tiny Houses im Fall von Ortswechseln erleichtern" wollen wir Tiny Houses im Falle einer Standortverlegung und mit Blick auf künftig zu erwartende höhere gebäudeenergiegesetzliche Anforderungen mit einem Bestandsschutz ausstatten. Der Grund dafür liegt in dem Umstand, dass ein solches Haus regelmäßig nicht ohne einen unverhältnismäßig großen Aufwand nachgerüstet werden kann. Abbau und Neuerrichtung wären gegebenenfalls die Folge.

Rüdiger Kauroff

Landtagsabgeordneter für
Garbsen und die Wedemark



FREIER ZUGANG ZU BILDUNG SCHAFFT CHANGENGERECHTIGKEIT

Am 24. Januar erinnert die UNESCO alljährlich mit dem Internationalen Tag der Bildung an den hohen Wert von allen Menschen zugänglicher, qualitativer und chancengerechter Bildung für alle Menschen.

Gute Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben – in Niedersachsen und auf der ganzen Welt. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern oder dem Wohnort abhängen. Darum haben wir uns dafür eingesetzt, alle staatlichen Bildungsangebote in Niedersachsen kostenlos anzubieten – vom ersten Tag in der Kita bis zum Meister oder Master-Abschluss. Für uns ist aber auch klar: Die Angebote müssen modern und von hoher Qualität sein.

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass wir bei der digitalen Ausstattung unserer Schulen noch mehr Tempo brauchen. Ich bin Kultusminister Grant Hendrik Tonne dankbar, dass er den DigitalPakt Schule mit Nachdruck umsetzt. Insgesamt nehmen wir über 500 Millionen Euro in die Hand. So gestalten wir die Schule der Zukunft.

Weltweit haben rund 260 Millionen Mädchen und Jungen noch immer keinen Zugang zu Bildung, rund 64 Millionen von ihnen sind im Grundschulalter. Mit der Globalen Nachhaltigkeitsagenda hat sich die Weltgemeinschaft das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2030 allen Menschen weltweit den Zugang zu hochwertiger Bildung zu garantieren. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unter Leitung von Svenja Schulze leistet zum Erreichen dieses Ziels einen wertvollen Beitrag. Doch auch jede und jeder Einzelne kann beispielsweise mit einer Patenschaft Kinder auf ihrem Bildungsweg unterstützen.



LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG FEIERT JUBILÄUM

Nutzt doch auch einmal eines der Angebote der Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung. Ich finde: Wir müssen in der nächsten Legislatur die Mittel für die politische Bildung im Land weiter erhöhen.

Gerade in Zeiten der Polarisierung, wie wir sie momentan erleben, ist die politische Bildung der jungen Menschen von unschätzbare Bedeutung. Nur, wer um die demokratischen Prozesse und die wechselvolle Geschichte unseres Landes weiß, kann Fake News und Extremismus als solche erkennen.. Insbesondere die digitalen Angebote, die die Landeszentrale bereits vor der Corona-Pandemie ausgebaut hat, begeistern viele junge Menschen zum Mitmachen. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeszentrale für ihre engagierte Arbeit und wünsche ihnen für die Zukunft alles Gute.

Fehler müssen eben auch korrigiert werden: So wie die Schließung der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen durch die CDU-FDP-Regierung im Jahr 2004. Ein historischer Fehler mit verfluchter Tragweite. Glücklicherweise hat 2017 die damalige rot-grüne Landesregierung von Ministerpräsident Stephan Weil diesen Fehler revidiert und die bildungspolitische Singularität - nämlich KEINE Landeszentrale für politische Bildung im Land zu haben - wieder rückgängig gemacht. Danke dafür! Diesen Monat hat die Landeszentrale ihren fünften Geburtstag gefeiert.



LANDTAG ARBEITET CORONA-PANDEMIE AUF

Im Januar hat der Sonderausschuss Pandemie seinen Bericht an die Landtagspräsidentin übergeben. In 14 Monaten und über 60 Experten-Anhörungen analysierten die 14 Mitglieder, davon jeweils sechs Abgeordnete aus den Fraktionen von SPD und CDU, die bisherige Bekämpfung der COVID-19-Pandemie von Landesregierung und Parlament und zogen daraus Lehren für die zukünftige Krisenbewältigung.

Wir stecken noch immer mitten in der Pandemie und prüfen gemeinsam mit der Landesregierung weiterhin sorgfältig jede Maßnahme. Dazu haben wir in den vergangenen Monaten aber bereits viele Erfahrungen gesammelt. Vieles hat gut funktioniert – das zeigen auch unsere relativ niedrigen Infektionszahlen in Niedersachsen.

Insgesamt haben unsere Krankenhäuser und der Öffentliche Gesundheitsdienst ihre hohe Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Zugleich sehen wir aber auch, dass die Pandemie das Personal in höchstem Maße belastet.

Alle Maßnahmen der Pandemiebekämpfung stehen regelmäßig auf dem Prüfstand, da die Entwicklung äußerst dynamisch verläuft. Als Beispiel für die oft schwierige Abwägung von Maßnahmen nennt Siebels die Situation in Pflegeheimen: Einerseits mussten die vulnerablen Bewohnerinnen und Bewohner besonders vor dem Virus geschützt werden, andererseits brauchen diese Menschen natürlich auch soziale Nähe. Solche sensiblen Überlegungen werden wir auch in Zukunft immer wieder neu bewerten müssen.



LANDTAG ARBEITET CORONA-PANDEMIE AUF

Die Knappheit von Masken, Schutzausrüstung und Ähnlichem darf sich nicht wiederholen. Daher fordert der Sonderausschuss den Aufbau einer bundesweiten, umlaufenden Bevorratung, um künftig schneller auf pandemische Entwicklungen reagieren zu können.

Der Sonderausschuss beschäftigte sich zudem mit den Auswirkungen auf Schule und Bildung. Eine wichtige Lehre der ersten Monate der Pandemie ist, dass die Schulen und Bildungseinrichtungen keine Treiber der Pandemie sind. Daher setzen wir nun auf Präsenzunterricht, wenn er möglich ist.

Die Pandemie hat uns aber auch gezeigt, dass wir bei der Digitalisierung noch besser werden müssen. Mit dem DigitalPakt Schule mit einem Volumen von über 500 Millionen Euro sind bereits vor der Pandemie grundlegende Verbesserungen in die Wege geleitet worden.

Mit den Erweiterungen des Digitalpaktes zum Sofortausstattungsprogramm für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfteendgeräte wurde zudem in der akuten Krisenlage reagiert. Bei Um- und Neubauten von Schulen werden die gesammelten Erfahrungen des effektiven Infektionsschutzes in Zukunft ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

Einen besonderen Fokus legen die Ausschussmitglieder der SPD auf die sozialen Folgen der Pandemie. Sie hat die sozialen Unterschiede in unserer Gesellschaft offengelegt. Obwohl das Virus augenscheinlich alle Menschen gleichermaßen anstecken kann, sind sozial benachteiligte Gruppen doch stärker von den Folgen der Pandemie betroffen. Familien brauchen gerade unter den Herausforderungen einer Pandemie ein verlässliches Netz von Beratungs- und Unterstützungsangeboten.

CORONA-PROTESTE UND -HETZE AUF UNSEREN STRASSEN: STRESSTEST FÜR DEMOKRATIE UND POLIZEI

Kein Aspekt des Alltags bleibt von den Folgen der Pandemie unberührt. Die Sehnsucht nach „Normalität“ wird tagtäglich deutlicher spürbar. In den vergangenen Wochen haben die Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen an Intensität und Schärfe zugenommen. Wir nehmen die Ängste und Bedenken der Bevölkerung sehr ernst. Demonstration und auch Protest sind Teil des politischen Diskurses – sofern sie von der Versammlungsfreiheit gedeckt sind – und ein hohes Gut. Inakzeptabel sind Gewalt, Geschichtsvergessenheit und das Aushöhlen der Staatsgewalt. Wer sich einen gelben ‚Ungeimpft‘-Stern auf die Jacke näht oder zum Mord an gewählten Volksvertreter*innen aufruft, verlässt den Boden unserer Verfassung und hat aus unserer Sicht jedes Maß verloren.

Zuletzt sind zwar wieder mehr Proteste regulär angemeldet, betont die Expertin, dennoch komme es weiterhin zu kritischen Situationen für die Polizei: Beamtinnen und Beamten werden beleidigt und körperlich angegriffen, obgleich sie alle Demonstrierenden gleichermaßen schützen. Sie verhindern zudem, dass rechtswidrige Ansammlungen zu Spreading-Events werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass hinter allen Beamten jeweils auch persönliche Geschichten stehen, Menschen, die sich in den Fokus des Infektionsgeschehen stellen. Der Dienst gegenüber Impfverweigerern ist nochmal deutlich riskanter. Wir danken jeder Beamtin und jedem Beamten für ihren Einsatz.

Zentrale Plattform der radikalen Impfgegner-Szene ist der Messenger-Dienst Telegram, wo sich Teilnehmende organisieren, krude Theorien verbreiten oder gar zu Morden aufrufen. Virtuell müssen dieselben Regeln und vor allem Grenzen gelten wie ‚in Echt‘. Wir werden auch dort das Licht anknipsen müssen, damit es keine Schmutzdecke mehr für konspirativen Austausch gibt.

HOLOCAUST- GEDENKTAG AM 27. JANUAR

Am 27. Januar gedenkt die Welt den Opfern der Shoah. An diesem Tag befreiten vor 77 Jahren Soldaten der Roten Armee das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Das Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten brachte unvorstellbares Leid über unseren Kontinent und kostete 6 Millionen europäischen Jüdinnen und Juden das Leben. „Mit tiefer Trauer und im Bewusstsein der historischen Verantwortung halten wir das Gedenken an diese grauenvolle Zeit wach, damit so etwas nie wieder geschieht.“

Heute erscheint dieses Gedenken besonders wichtig. Antisemitischer Hass ist im Internet und bei Demonstrationen präsent wie seit Jahrzehnten nicht. Rechtsextremisten verbreiten unter dem Deckmantel der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen krude Theorien von einer angeblichen Weltverschwörung geheimer Eliten. „Solche Hetze bedient sich klassischer, jüdenfeindlicher Erzählmuster, wie beispielsweise in den Lügen um die sogenannten Protokollen der Weisen von Zion. Mit einem gelben ‚Ungeimpft‘-Stern verharmlosen einige Protest-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer auf unerträgliche Weise den Holocaust. Diese perfiden Ungeheuerlichkeiten sind durch nichts zu rechtfertigen.“

Protest gegen staatliche Maßnahmen ist ein Grundrecht in der Demokratie. Er darf aber niemals für hasserfüllte Agitation missbraucht werden. Menschen mit legitimen Anliegen und Kritik sollten daher genau hinschauen, in welchem Umfeld Demonstrationen stattfinden.

Wir stehen fest an der Seite unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie zu schützen und jüdisches Leben in Niedersachsen zu ermöglichen, bleibt das Versprechen aller Demokratinnen und Demokraten!

KRANKENHAUSGESETZ MODERNISIEREN – HOCHWERTIGE VERSORGUNG IN NIEDERSACHSEN FÜR DIE ZUKUNFT SICHERN

Die Regierungsfractionen von SPD und CDU haben im Januar die Novellierung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes in den Sozialausschuss eingebracht. Mit der Gesetzesänderung entsteht das bundesweit modernste Krankenhausgesetz, das die Weichen für eine landesweit gleichwertige Versorgungsqualität, auskömmliche Personalausstattung und effiziente Nutzung von Ressourcen stellt. Damit werden zeitnah auch die Vorschläge der niedersächsischen Enquetekommission zur Sicherheit der ambulanten und stationären Versorgung in Niedersachsen umgesetzt. Die Enquetekommission hat nach mehr als zweijähriger Arbeit im März vergangenes Jahres dem Landtag ihren Abschlussbericht vorgelegt. Bereits im Juli 2021 hatte der Landtag auf Antrag der Koalitionsfractionen die Landesregierung um Vorlage eines neuen Krankenhausgesetzes auf der Basis der Enqueteergebnisse gebeten. SPD und CDU haben jetzt die Regierungsvorlage als Fraktionsgesetz übernommen, damit es auf alle Fälle noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann.

Gerade die Corona-Pandemie hat die hohe Leistungsfähigkeit unserer Krankenhäuser unter Beweis gestellt. Zugleich hat sie aber auch erneut Schwachpunkte aufgezeigt, die wir jetzt korrigieren wollen. Es war übrigens richtig, dass wir die Enquetekommission durch die Corona-Pandemie verlängert haben, um wichtige Erkenntnisse daraus in unseren Abschlussbericht mit aufnehmen zu können. Wir gliedern das Land zukünftig in acht Versorgungsregionen, um eine gleichmäßige wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten. Krankenhäuser gliedern sich künftig je nach Leistungskriterien und Bettenzahl in drei Versorgungsstufen. Damit schaffen wir wichtige Kriterien für eine Neuausrichtung der Krankenhausstrukturen in einem Flächenland wie Niedersachsen. Künftig erhält das Ministerium eindeutige Kompetenzen, die Angebote der niedersächsischen Krankenhäuser besser überprüfen und koordinieren zu können. Die landesseitige Förderung orientiert sich künftig an einer neuen Verteilungsstruktur.

WWW.RUEDIGER-KAUROFF.DE

KAUROFF

VERANTWORTLICHER IM SINNE DES PRESSERECHTS:

RÜDIGER KAUROFF

LAYOUT:

JAN HARTGE

REDAKTION:

JAN HARTGE, ALEXANDER VOGEL

Kontakt

Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
0511 - 1674 348
buero@kauroff-spd.de

Weiteres

www.ruediger-kauroff.de
facebook.com/ruedigerkauroff
instagram.com/ruediger.kauroff

VERWENDETE FOTOS: CANVA